



Regina Bittner

# BAUHAUSSTADT DESSAU

Identitätssuche auf den Spuren  
der Moderne

Interdisziplinäre  
Stadtforschung

campus



# Inhalt

Vorwort .....	7
Einführung .....	10
1. Theoretischer Rahmen:	
Städtisches Wissen und urbane Bildproduktion .....	17
2. Schwierige Ortsbezüge:	
Sich Einrichten in Ostdeutschland .....	33
3. Contested Heritage Bauhaus:	
Zwischen Welterbe, nationalem Leuchtturm und kulturellem Ort .....	56
4. Städtischer Wandel als Programm:	
Stadtumbau, Geschichtspolitik und Imageproduktion .....	102
5. »Hier weht schon der Geist des Fortschritts«:	
Figuren und Topoi der Stadterzählungen .....	174
6. Dessaus Erben:	
Wir machen Bauhausstadt .....	199
Fazit .....	243
Literatur .....	258



## 2. Schwierige Ortsbezüge: Sich Einrichten in Ostdeutschland

Die Neuverortung Dessaus nach 1990 fand vor dem Hintergrund des doppelten Strukturbruchs statt, den Dessau als ehemaliges Zentrum der DDR-Chemie und des Maschinenbaus erlebt hat. Erstens: Wie viele ostdeutsche Industriestandorte sah die Stadt sich plötzlich mit den Konditionen globaler wirtschaftlicher Arbeitsteilung konfrontiert – diesen Sprung ins kalte Wasser haben nur wenige Betriebe überlebt. Deindustrialisierung und hohe Arbeitslosigkeit sind insbesondere in monostrukturell aufgestellten Regionen, zu denen Dessau gehört, die Folge. Zweitens: Mit dem Fall der Mauer 1989 wurde ein gesellschaftlicher Systemwandel eingeleitet, der bis heute auf ganz unterschiedliche Weise die Städte und Regionen Ostdeutschlands prägt. Während die politische, institutionelle und wirtschaftliche Zusammenführung relativ schnell vonstatten ging, scheint die Frage nach der kulturellen Integration auch 20 Jahre danach immer noch aktuell. Die Persistenzen in den Normen und Deutungsmustern haben mittlerweile zu der Einsicht geführt, dass mit »Ostdeutschland« nicht nur die gemeinsam geteilte Vergangenheit vor 1989 angesprochen ist, sondern auch »Eigensinnigkeiten« reklamiert werden, die die Erfahrungen der Transformation als Ressource und Potenzial interpretieren.

In diesem Kapitel wird es darum gehen, Dessaus Ringen um ein neues städtisches Selbstverständnis in den Kontext ostdeutscher Transformation einzubetten. Dabei steht im Zentrum der Ausführungen die Frage nach den spezifischen Modi der Verortung in Ostdeutschland, anders gesprochen: In welchem Verhältnis stehen nationale, regionale und lokale Bezüge zueinander, stellt man die Irritationen auf der räumlichen und zeitliche Ebene in Rechnung, die mit dem gesellschaftlichen Systemwandel einhergehen. Das Gesicht Dessaus, das berichten Reiseführer heute nicht ohne Stolz, hat sich noch nie so schnell verändert wie in den letzten 15 Jahren. Von Straßennamen, über Nachbarschaften, Wohnviertel bis hin zu Betrieben und ganzen Landschaften, die Orientierung in der Stadt verlangt ein ständig neues Navigieren im Stadt-

raum. Die alten Karten und mental maps leisten keine Orientierungshilfe. Aber auch auf der zeitlichen Ebene herrscht Konfusion: Ostdeutsche Lebenslaufmuster von der »Wiege bis zur Bahre« wurden abgelöst durch junge flexible Kleinunternehmer, die auch nach der zehnten Pleite immer noch den Mut zum Neuanfang haben, während der zahlenmäßig größte Teil der pensionierten Einwohner der Stadt in Vereinen »alte« Zeiten neu entdeckt. Die städtischen Jugendlichen hoffen an den wenigen Orten globaler Konsumkultur dieser »bleiern Zeit« zu entkommen.

Überlegungen zum Begriff der Transformation stehen am Anfang der Ausführungen. Für diese Arbeit wird, in Anlehnung an die im ersten Kapitel geführte Diskussion zum Habitus der Stadt, der Begriff der »Pfadabhängigkeit« aufgegriffen. Seit Ende der neunziger Jahre setzte sich auch in der soziologischen Transformationsforschung die Einsicht durch, dass lokale und regionale Eigenheiten für den jeweiligen Wandlungsprozess dieser Räume entscheidend sind. Wie also Städte und Regionen auf die Herausforderungen des Strukturwandels reagieren, hat viel mit ihrer jeweiligen Geschichte, Kultur und Tradition zu tun. Im Gegensatz zu der stark an einer festgelegten Zielgröße ausgerichteten Transformationsperspektive – im Sinne eines klar definierten Weges vom Sozialismus zum Kapitalismus westlicher Prägung – wird hier der Begriff des »Umbruchs« (Michael Thomas) favorisiert, der die jeweils besonderen Gestaltungs- und Innovationsprozesse von Städten und Regionen in den Blick nehmen kann.

Mit dem »Sonderfall Ostdeutschland« werden die spezifischen Transformationspfade der ostdeutschen Gesellschaft nach 1990 diskutiert. Damit sind besondere Konstellationen entstanden, die für die Art und Weise, wie sich Ostdeutsche zur wiedervereinten Nation, zur Region oder zu ihrer Stadt ins Verhältnis setzten, ausschlaggebend waren. Die Erfindung »Ostdeutschlands« als kollektives Identifikationsangebot wird hier als Resultat des Versagens nationalstaatlicher Integration im Sinne des Einlösen des Versprechens gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West interpretiert. »Ostdeutschland« wird hier als kulturelles Konstrukt diskutiert, dass, obwohl es politisch-administrativ vollkommen bedeutungslos ist, ein Identifikationsangebot mit vielfältigen Konnotationen darstellt: Die behauptete Andersartigkeit bezieht sich weniger auf die DDR-Vergangenheit als vielmehr auf die Erfahrungen der Transformation. In welchem Verhältnis ostdeutsche Bezüge zu regionalen und lokalen Bezügen stehen, wird abschließend erörtert. Aus den komplexen Verflechtungen globaler, nationaler und lokaler Prozessdynamiken im Ergebnis der Transformation entstehen in Ostdeutschland, das wird am Beispiel ausge-

wählter Studien diskutiert, hybride Ortsbezüge, in denen das lokale auf unterschiedliche Weise recodiert wird.

## Zwischen Transformation und Umbruch

Angesichts der offensichtlichen Unterschiede in den Entwicklungen der Länder Mittel- oder Osteuropas wird seit Ende der neunziger Jahre verstärkt die Bedeutung nationaler oder regionaler Unterschiede im Transformationsprozess diskutiert. Der Begriff der »Pfadabhängigkeit« spiegelt diese Aufmerksamkeit für jeweilige lokale und nationale kulturelle Voraussetzungen und Besonderheiten. Die ersten Jahre des Transformationsdiskurses waren jedoch wesentlich von einer, wie es Klaus Müller nennt, »Mythologie eines universalen Übergangs aller Transitionsländer zur Marktwirtschaft und Demokratie« geprägt (Müller 2004, 66).

Hauptprinzipien des Paradigmas der Transition waren möglichst rasche Privatisierung, Liberalisierung und Demokratisierung. Dahinter verbarg sich die Vorstellung, dass sich die ost- oder mittelosteuropäischen Transformationsländer auf einer Art Nachholweg befinden würden. Zwar seien die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich, aber die Richtung des Veränderungsprozesses sowie die Beschaffenheit des Ziels der Transformation seien weitgehend bekannt, da es sich ja um Spielarten gesellschaftlicher Modernisierung handelte. Das Theorem der »nachholenden Modernisierung« (Wolfgang Zapf) ist in diesem Kontext lange Zeit richtungsweisend gewesen. »Transformation und Transition«, so Wolfgang Zapf, »sind Modernisierungsprozesse, die sich von offenen Modernisierungsprozessen dadurch unterscheiden, dass ihr Ziel bekannt ist: die Übernahme, Errichtung und Inkorporation von modernen demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen.« (Zapf 1994, 138)

Dieses Theorem der nachholenden Modernisierung stand vor allem deshalb auf dem Prüfstand, da es zum einen weitestgehend die Modernisierungsaspekte der ehemals sozialistischen Länder ignorierte. In diesem Zusammenhang wurde auch die normative Ausrichtung des Konzepts einer Kritik unterzogen. Ein zweites Dilemma der Transitionsrhetorik bestand darin, bis Mitte der neunziger Jahre von einer Zielgröße der Transition auszugehen, die am Idealbild des Kapitalismus westlicher Provenienz ausgerichtet war, die aber ignorierte, dass diese Gesellschaften selbst seit Mitte der achtziger Jahre im Zuge der

Internationalisierung der Ökonomie einem massiven Strukturwandel ausgesetzt sind. Der polnische Soziologe Piotr Sztompka hat deshalb schon 1993 zu Recht behauptet: »Es scheint, als wenn die westlichen Gesellschaften just in dem Augenblick vom Zuge der Moderne abspringen, in dem der postkommunistische Osten verzweifelt versucht aufzuspringen.« (Sztompka 1993, 140)

Nach 20 Jahren Transformationsforschung wird heute kritisch reflektiert, ob es zulässig war, die Verfassung der westlichen Gesellschaften zum Ziel der Transition zu erheben. Und um welches Modell von Kapitalismus handelte es sich, das als Zielgröße formuliert wurde? Anders als zu den Konstitutionsbedingungen westlicher nationalstaatlich verfasster Marktwirtschaften im 19. Jahrhundert waren osteuropäische Gesellschaften mit einem doppelten Strukturwandel konfrontiert: Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft verlief unter den Bedingungen und zu den Konditionen einer Globalisierung von Wirtschaft und Finanzkapital, dieser wiederum zog eine Schwächung nationalstaatlicher Regulationsfähigkeit nach sich. In diesem Kontext werden Nationalstaaten immer unfähiger, Finanz- und Kapitalströme in und aus seinem Territorium zu kontrollieren. Die Reformpolitik im östlichen Europa hatte sich vor allem unter der Anleitung internationaler Akteure wie dem IMF und der EU auf die radikale Liberalisierung der Wirtschaft bezogen. Dabei ging es um die Privatisierung staatlicher Betriebe, die Liberalisierung der Preise sowie des Kapitalverkehrs, um ausländische Investitionen und das nötige Know-How ins Land zu holen. Der Staat sollte lediglich durch Subventionsabbau und Rückzug aus der Geldpolitik zur Haushaltskonsolidierung beitragen. »Der Politik des Marktes wurde auch deshalb das Primat eingeräumt, weil sie dem liberalistischen Credo gemäß komplementäre Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen induziert.« (Müller 2001, 1150) Kritiker dieser Entwicklung wie Don Kalb sprechen von drei Tendenzen globaler Restrukturierung des postsozialistischen Raumes: Erstens die Erosion der Strukturen und der Kohärenz des Nationalstaates; Zweitens die Verschärfung sozialer Differenzen und Ungleichheiten zwischen Zentrum und Peripherien sowie zwischen und innerhalb der Nationalstaaten; und drittens globale Kapital-, Finanz-, Informations- und Menschenströme fließen höchst ungleich in die jeweiligen Empfänger-Territorien (Kalb 2002, 318).

Diese globalen Kräfte operieren in zwei Richtungen: als Fragmentierung und Integration. Fragmentierung findet außerhalb der Zonen von Kapitalakkumulation statt: in den peripheren Räumen, die von den großen Infrastrukturen der EU abgekoppelt sind. Integration ereignet sich in solchen